

Genau hinsehen

Lokalpolitiker wollen bessere Kontrolle von Ersatzpflanzungen

Schwabing – Die Forderung an sich ist klar: Wer in München für ein Bauvorhaben einen Baum fällt, muss einen neuen pflanzen, sofern dafür ausreichend Platz vorhanden ist. Von den 3378 Bäumen, die die Untere Naturschutzbehörde im Jahr 2016 im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren zur Fällung genehmigt hat, sollen laut Bescheid 2483 nachgepflanzt werden. Etwas weniger Ersatzpflanzungen wurden bei Einzelverfahren angeordnet, 1773 für 3828 abgeholzte Bäume.

Kontrolliert werden können diese Nachpflanzungen von der Verwaltung allerdings nur stichprobenartig – für mehr fehlt schlicht das Personal. Westschwabings Lokalpolitiker, als Bewohner des am dichtesten besiedelten Stadtbezirks von möglichen Auswirkungen des Klimawandels am stärksten betroffen, schlagen deshalb nun ein alternatives Procedere vor: Analog zum Rezept der Stadt Bamberg soll

ein „definierter Antragsbearbeitungsprozess“ die Kontrolle von Ersatzpflanzungen effektiv steigern. Schritt eins sieht vor, bereits beim Genehmigungsbescheid ein Bestätigungsformular der Ersatzpflanzung mit Fristsetzung mitzuschicken. Anschließend erfolgt ein Erinnerungsschreiben, dann eine Mahnung mit einer Gebühr von zehn Euro. Bis zu diesem Level haben bereits 90 bis 95 Prozent der Kontaktierten reagiert und Bäume nachgepflanzt. Erst wenn all dies noch immer nicht fruchtet, ergeht der Bußgeldbescheid.

„Dieses Ergebnis wird ohne zeitaufwendige Kontrolle an Ort und Stelle erreicht“, erläutert der Vorsitzende des Unterausschusses Umwelt und Verkehr im Stadtteilgremium, Harald Damskis (Grüne). München sei die am dichtesten besiedelte Stadt Deutschlands, Bäume somit für den Ökohaushalt der Metropole von entscheidender Bedeutung. EDA